

Nach dem 11. September: Weltpolitische Konsequenzen

Harald Müller

Wenn man den 11. September als ein Schlüsseldatum der Weltgeschichte versteht, so bedeutet das keineswegs, dass sich an diesem Tage deren Bedingungen und Gegebenheiten schlagartig und unwiderruflich verändert hätten. Mit den Anschlägen in Washington und New York sind vielmehr Prozesse sichtbar geworden, die schon seit weit über zwei Jahrzehnten in Entwicklung befindlich waren. Der erste wichtige Befund ist, dass der dunkelste Aspekt von Globalisierung ins Bewußtsein getreten ist. Dass die erhöhte Mobilität von Kapital, Information und Menschen nicht nur die Wohlfahrt steigert, sondern zu massiven Verteilungskonflikten führt, ist seit Seattle und Genua Teil des politischen Diskurses. Der Globalisierungsprozess hat indes noch ominösere Folgen: Er verstärkt die Entfremdung erheblicher Randgruppen vom wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Mainstream der globalen Entwicklung und bietet ihnen zudem die Gelegenheit, diese Frustrationen in Formen politischer Theologie zu formulieren und zu rationalisieren und in tödlichen Aktionismus von bisher beispiellosem Ausmaß umzusetzen.

Dem Territorialstaat hatte mancher Globalisierungsanalytiker schon den Schwanengesang gesungen. Nun zeigt sich dessen Unverzichtbarkeit. Nur wenn es ihm gelingt, sein Gewaltmonopol zu behaupten, bietet er der transnational verflochtenen Gesellschaft ein hinreichendes Minimum an Sicherheit, auf deren Grundlage sie die Wohlfahrtseffekte von Globalisierung realisieren kann. Wer die Stabführung der Weltpolitik bereits an die internationale Zivilgesellschaft übergehen sah, sieht sich eines besseren belehrt. Freilich, diese Zivilgesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten kräftig gewachsen. Die Internationale der Terroristen bildet jedoch gewissermaßen deren Unterwelt und droht zugleich, ihre Grundlage zu zerstören. Eine Zivilgesellschaft, die einen transnationalen und transkulturellen Dialog entwickelt und so zum zentralen Träger globalen Friedens wird, bedarf für ihr Wirken idealerweise einer angst- und zwangsfreien Umwelt. Diesem Ideal kann sie sich selbst unter "normalen" Umständen nur mühevoll annähern. Die beständige Drohung eines unsichtbaren Mega-Terrorismus kann ihren Zerfall

bewirken.

Sie bleibt daher darauf angewiesen, dass der Staat - oder besser: die Zusammenarbeit der Staaten - dieses Minimum an Sicherheit gewährleistet. Der Einsatz der Instrumente des Gewaltmonopols - Polizei, Geheimdienste, ja selbst des Militärs -, die der Zivilgesellschaft wesensfremd und entgegengesetzt erscheinen und ihren aktivsten Vertretern so häufig ausgesprochen zuwider sind, erweist sich in der vom Terror ausgelösten Krise als die Voraussetzung ihrer weiteren Existenz und Entwicklung. Die erste wichtige Folge des 11. September ist daher die Neujustierung des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Staat.

Die neue Priorität in der Sicherheitspolitik Die zweite wichtige Folge ist die Neudefinition der Sicherheitspolitik und damit ein neuer Blick auf die Verhältnisse zwischen den Staaten. Bekanntlich geht das populärste Denkmodell davon aus, dass die sicherheitspolitischen Beziehungen durch die Machtrivalitäten zwischen den großen Mächten getrieben werden; aus deren Kräfteverhältnissen ergeben sich Allianzen, die sich einigermaßen wechselseitig die Balance halten. Nach dem Ende des Kalten Kriegs war aufgrund der drückenden Überlegenheit des Westens sehr unklar, wie diese Balance wohl aussehen möge. Nun ist etwas geschehen, das außerhalb dieses Denkmodells liegt. Als zentrales Sicherheitsproblem aller großer Mächte der Welt stellt sich ein nichtstaatliches Phänomen heraus: Der von einer radikalen politischen Theologie motivierte, transnationale Terrorismus, der vielleicht staatliche Schutzmächte, nicht jedoch eigentlich staatliches Territorium kontrolliert und insofern auf unserer politischen Weltkarte eigentlich keinen Platz hat. Alle großen Mächte haben unter diesem Terrorismus schon gelitten. Damit ergibt sich eine in der Weltgeschichte völlig neue Lage: Die bedeutendsten Mächte der Welt, die USA, Russland, China, Indien, Japan, die Europäische Union, Australien - alle sehen sich der gleichen Bedrohung, dem gleichen Feind gegenüber.

Diese Situation hat sich in den letzten Wochen bereits in einer Reihe von Entscheidungen niedergeschlagen: Die dauernden Solidaritätserklärungen Russlands für die USA, der Austausch von geheimdienstlichen



Foto:
IB

Informationen zwischen China und Amerika sowie Indien und Amerika, die einstimmigen Entschließungen des Sicherheitsrats, bei denen China nicht, wie früher üblich, bei der Abstimmung abwesend ist, sondern aktiv mitwirkt, eröffnen neue, ungeahnte Möglichkeiten sicherheitspolitischer Kooperation. Was bisher die Großmächte entzweit hat - NATO-Erweiterung, energiewirtschaftliche Rivalitäten ums Kaspische Meer, Taiwan, Raketenabwehr - erscheint zwar nicht als belanglos, aber als zweitrangig angesichts der Gefahr, die sich am 11. September offenbart hat.

Die Gefahr ist deshalb so groß, weil sie die Ordnungsfunktion des Staates für die Gesellschaft so grundlegend herausfordert. Zwischen den Kosten der Prävention, des Schutzes und der Nachsorge, also der gegenüber dem Megaterrorismus vorhandenen Instrumente, und dem terroristischen Akt selbst, herrscht eine gewaltige Asymmetrie. Es ist unglaublich viel billiger, einen Riesenschaden anzurichten, als ihn zu verhindern oder hinterher aufzuräumen. Der nachhaltige Schaden, der dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der wirtschaftlichen Entwicklung entsteht, ist damit aber noch gar nicht berührt. Die Risse in den Selbstverständlichkeiten der alltäglichen Lebenswelt, das Grundvertrauen in die erlernten Abläufe, welches die Voraussetzung gesellschaftlichen Lebens bildet, bedeuten ein nicht zu unterschätzendes Stabilitätsrisiko. Es ist kein Wunder, wenn die Staatsführungen dieses Risiko bitter ernst nehmen und Rivalitäten, die demgegenüber zweitrangig erscheinen, fürs erste einmal zurückstellen. Damit bietet die Zeit nach dem 11. September eine ungeahnte Chance, an einer kooperativen Weltordnung zu bauen. Eine Chance ist freilich eine Chance, keineswegs eine Gewißheit.

Die Formel vom "Kampf der Kulturen" hat hohe Konjunktur, sei es als vermeintlich treffende Beschreibung der Vorgänge, sei es in beschwörender Abwehr: gerade darum gehe es nicht! Vergewöhnung man sich zunächst die zentrale Prognose der Theorie von Samuel Huntington: die antiwestliche Koalition von "Konfuzianismus" (d. h. des Kulturkreises um China) und des Islam, so wird bereits auf den ersten Blick deutlich, dass Chinas Interessen - siehe oben - es der Kooperation mit